

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Mai 1974

# Evangelische Verantwortung

Heft 5/1974

## Gesellschaftliche Konsequenzen einer politischen Theologie

Günter Kehrer

**Angesichts der zunehmenden Politisierung in Theologie und Kirche wird die Frage nach den sich hieraus ergebenden gesellschaftlichen Konsequenzen immer deutlicher gestellt. Der Verfasser des folgenden Artikels gehört zur Nachkriegsgeneration evangelischer Sozialethiker und ist als Dozent für dieses Fach an der Universität Tübingen tätig.**

Ein etwas in Verruf geratener Begriff ist seit nun etwa sieben Jahren zu neuen Ehren gekommen: Politische Theologie. Wer bei diesem Wort noch immer an Carl Schmitt denkt und dessen Überlegungen zur Souveränität, hat die neueste Entwicklung nicht mitbekommen. Politische Theologie ist ihrem Anspruch nach nicht mehr mit dem Odium des Totalitären verbunden, sondern erscheint als Losungsruf eines auf Befreiung drängenden Christentums. Zwar ist es in den letzten zwei Jahren wieder etwas still um die politische Theologie geworden, aber dies gilt wohl nur für den Bereich der universitären Theologie, in der kirchlichen Praxis vieler Theologen leben die von den Produzenten schon wieder vernachlässigten Ideen ein zäheres Leben. Es mag deshalb nicht müßig sein, in einer Art von Gedankenexperiment danach zu fragen, welche Konsequenzen eine dominant werdende politische Theologie für Kirche und Politik in einer hochentwickelten Gesellschaft haben könnte. Diese Frage geht nicht am Zentrum der politischen Theologie vorbei, da diese ihrem eigenen Begriff nach auf gesellschaftliche Praxis gerichtet ist und deshalb die antizipato-

rische Reflexion der möglichen Praxis zur selbstgestellten Aufgabe gehören sollte. Spektakuläre Praxis der politischen Theologie ist bisher wenig bekannt geworden, wenn man von den durch das Ehepaar Steffensky-Sölle veranstalteten Nachtgebeten und ähnlichen besser vom Dunkel der Nacht verhüllten Nachahmungen absieht.

## Aus dem Inhalt

Gesellschaftliche Konsequenzen einer politischen Theologie	1
Kurz notiert	5
Politik aus christlicher Verantwortung — eine Würdigung zum 65. Geburtstag von Wilhelm Hahn	7
Gerhard Schröder	
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	9
Aus unserer Arbeit	10
Dokumentation: Schreiben von Bischof D. Hermann Dietzfelbinger an den Weltkirchenrat	11
Evangelischer Kirchentag '75	
Aufruf zur Mitarbeit	12

## Aktualisierung des Theologischen als Politisches

Politische Theologie ist aber nicht ohne Praxis; denn diese Form theologischen Denkens beansprucht, mehr zu sein als eine bestimmte Richtung innerhalb der Theologie. Sie ist auch mehr als politische

Ethik, mehr als theologische Kritik des Politischen, mehr als ein geistreiches Wortspiel; sie beansprucht, die Weise des Verstehens der christlichen Botschaft zu sein, die dieser Botschaft adäquat ist. Theologie könne heute überhaupt nur politische Theologie sein, weil – so sagte der katholische Theologe J. B. Metz 1968 – das Problem der gläubigen Existenz in unserer Welt ein politisches Problem ist, da die Existenz selbst zu einem politischen Thema geworden sei. Einen etwas anderen Bogen spannt der evangelische Theologe J. Moltmann, wenn er ausgehend vom alttestamentlichen Bilderverbot und kulminierend in der Kreuzestheologie eine Aufforderung an die politische Theologie sieht, Herrschaftsverhältnisse fundamental zu demokratisieren. Die politische Theologie ist keine über dem Politischen stehende Theologie, sie beobachtet nicht das politische Geschehen, um als moralische Wächterin auf das Beachten bestimmter moralischer Prinzipien zu drängen, die politische Theologie aktualisiert das Theologische als Politisches und das Politische als Theologisches. Sie ist notwendigerweise politisch parteiliche Theologie, indem sie ihrem eigenen Anspruch nach Partei ergreift für die Unterdrückten, für die Zukurzgekommenen. Aus dieser Parteinahme resultiert auch eine Vorliebe für besondere politische Themen: ein gesuchtes Verweilen in weltweiten Dimensionen des Hungers, der Not und der sozialen Ungerechtigkeit. Man wird den Vertretern der politischen Theologie zugestehen müssen, daß sie die innerkirchliche Sensibilisierung gegenüber den genannten Problemen gefördert haben. Es bleibt aber zu fragen, ob mit einer Stimmung, gemischt aus bis zum Jahre 2100 extrapolierter Statistik und endzeitlicher Aufgeregtheit, diesen Problemen adäquater begegnet werden kann als mit einer unendlichen Reihe von partiellen Korrekturen, die gegenüber der eleganten Lösung aus einem Guß zwar wie

Flickschusterei wirken mögen, aber dafür den Vorteil haben, daß der Schuh nach Abschluß der Prozedur noch vorhanden ist.

Wer mit der theologischen Szenerie nicht sehr vertraut ist, mag erstaunt fragen, ob Engagement für die sozial Benachteiligten nicht den Kirchen schon immer aufgegeben war, ob es für diese Aufgaben denn einer neuen, einer politischen Theologie bedarf. Es ist richtig, daß das Eintreten für die Schwachen der Theologie und der Kirche schon immer eigentümlich war. Ich brauche hier nur an Namen konservativer Theologen – wie Wichern und Stöcker zu erinnern, aber auch Vertreter des religiösen Sozialismus, Kutter und Ragaz, wären zu nennen. Das Neue an der politischen Theologie ist jedoch, daß dieses Engagement nicht als Wirkung des Christentums betrachtet wird, sondern daß der christliche Glaube selbst sich in politischen und gesellschaftlichen Dimensionen erfährt und artikuliert. Lediglich einige Richtungen im religiösen Sozialismus haben zu Beginn dieses Jahrhunderts eine ähnliche Haltung andeutungsweise vertreten. Der Unterschied könnte zunächst minimal und als auf den innertheologischen Horizont begrenzt erscheinen; bei näherem Hinsehen wird es jedoch offensichtlich, daß damit eine völlig andere Interpretation von der Stellung der Kirche in der Gesellschaft verbunden ist, als es den bisherigen kirchlichen und gesellschaftlichen Selbstverständnissen entsprach.

#### Parteinahme als Signum politischer Theologie

Die bisher gewohnte Sprache der Kirche gegenüber sozialen Problemen war subjektiv überparteilich und zugleich appellativ. Dies bedeutete konkret, daß die Vertreter der Kirche den Anspruch erhoben, im Namen von Einsichten an das individuelle und kollektive Gewissen zu appellieren, die über alle politisch-parteiliche Entzweigungen hinweg die Chance hatten, als moralischer Konsensus begriffen zu werden. Es soll an dieser Stelle ausdrücklich betont werden, daß sich in dieser Funktion der Auftrag der Kirche nicht zu beschränken braucht, aber die Öffentlichkeits-

funktion der Kirche ruhte und ruht auf dieser Grundlage. Es gehört nicht sehr viel Scharfsinn dazu, dieser Grundlage Konservativismus zu attestieren, und zweifellos hat der Appell an einen moralischen Konsensus immer einen konservativen Zug, denn er bezieht sich auf das noch Allgemeine und sieht ab von dem, was vielleicht übermorgen die Chance hat, allgemein zu werden, aber heute notwendigerweise nur von bestimmten Gruppen oder Parteien als das Besondere und damit noch nicht vorhandene, aber wünschenswerte Allgemeine vertreten wird. Wenn J. B. Metz der Kirche als Institution in der gesellschaftlichen Welt (in welcher denn sonst?) eine kritisch-befreiende Aufgabe zuschreibt, wenn J. Moltmann die kirchlichen Institutionen zum konkreten Bündnis mit denen aufruft, mit denen „kein Staat zu machen“ sei, dann ist trotz aller Vorbehalte, die die Autoren gegen vorschnelle Identifizierung von bestimmten Parteien und christlicher Kirche vorbringen, trotz aller eschatologischer Vorbehalte zu fragen, wie in einer Welt, deren politische Systeme bestimmt sind von politischen Parteien und in Parteien sich artikulierender politischer Programmatik, solche kritisch befreiende Aufgabe und solch konkretes Bündnis geschehen können – wenn nicht durch politische Programmatik. Von den Vertretern der politischen Theologie wird gegen diesen Einwand immer wieder darauf hingewiesen, daß die Kirchen faktisch immer parteiisch waren, aber zugunsten der Herrschenden. Obwohl man es sich mit dieser Behauptung häufig zu leicht macht und das Ausmaß an seelsorgerlicher Kritik an dem Verhalten der Herrschenden übersieht (diese Kritik konnte auch unter dem landesherrlichen Kirchenregiment öffentlich von der Kanzel geschehen!), so muß man dennoch zugestehen, daß die großen Kirchen sehr häufig – wenn nicht sogar regelmäßig – das Bewahren über das Verändern gestellt haben. Man kann darin eine Option, eine faktische Option für die Herrschenden erblicken. Subjektiv wurde es so jedoch nicht verstanden. Allerdings ist diese Sichtweise als die Probleme simplifizierende Betrachtung zu bezeichnen. Es handelte sich weniger um eine Option zugunsten der Herrschenden, sondern eher um ein Plädoyer für die Kontinuität

und zwar Kontinuität der moralischen Identität. Jede radikale Reform und erst recht jede revolutionäre soziale Veränderung bedeutet immer einen Bruch der moralischen Identität, auch wenn die Reform oder die revolutionäre Veränderung sich selbst moralisch legitimiert. Sieht man einmal von rein terroristischen Unrechtsregimen ab, die sich gegen den eingeschüchterten Widerstand praktisch sämtlicher Individuen am Leben erhalten müssen, so ist in allen auf sozialer Ungleichheit beruhenden Gesellschaften – d. h. in allen uns bekannten hinreichend entwickelten Gesellschaften – jedes System der Ungleichheit moralisch legitimiert. Die Formen der Legitimation sind äußerst vielfältig; Aufgabe staatlicher Herrschaft ist es unter anderem, moralisch legitimierte soziale Ungleichheit zu schützen und moralisch illegitime soziale Ungleichheit zu verhindern. So wird in unserer Gesellschaft, die soziale Ungleichheit weitgehend auch durch materiellen Besitz vermittelt, durch Arbeit, Sparsamkeit und auch durch Glück erworbener Reichtum staatlich geschützt, der Erwerb von Reichtum durch Diebstahl und Betrug verfolgt, und der so eventuell doch erworbene Reichtum dem Besitzer wieder entzogen. Es ist völlig unrealistisch anzunehmen, eine Gesellschaft könne die Chancen, im System der sozialen Ungleichheit einen begehrten Platz zu erhalten, vollkommen individualisieren. Solange die Familie wesentliche Instanz des Sozialisationsprozesses ist, wird selbst bei exorbitanten Erbschaftsteuern, bei völliger Egalisierung der Schulchancen und lediglich nach Diplomen zu vergebenden sozialen Positionen ein unterschiedliches „know how“ des Sich-Bewegens in dem Geflecht sozialer Ungleichheit verbleiben, das schwerlich abzuschaffen sein wird.

Kritik an der moralischen Berechtigung der Kriterien im System der sozialen Ungleichheit sind wohl üblich, wo immer es soziale Ungleichheit gibt. Diese Kritik – sofern sie mehr als Neid ist – hat ihren „Sitz im Leben“ bei den Gruppen, die faktisch die wesentlichen Funktionen der Gesellschaft erfüllen, aber nicht den entsprechenden moralischen und politischen Einfluß haben. Ich erinnere hier nur an die bürgerliche Kritik gegenüber der feudal-höfischen Gesellschaft des

18. und des beginnenden 19. Jahrhunderts. Sobald sich eine solche Kritik nicht als ausschließlich partikuläres Interesse äußert, sondern in Kategorien des Moralischen, wird sie allgemein. In diesem Prozeß des Allgemeinwerdens ist ein latenter Bruch der Kontinuität zu sehen, der fast selbstverständlich mit dem auch noch gültigen Allgemeinen der Kontinuität in Konflikt geraten muß. In diesem Konflikt ist auch die Kirche betroffen. Selbst Kirchen, die dem individuellen Reichtum gegenüber eine traditionell skeptische Haltung haben, können als Volkskirchen nicht bestehen, wenn sie soziale Ungleichheit prinzipiell negativ werten. Wenn es richtig ist, daß kein Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Erlösung besteht, so ist es auch richtig, daß eine hoch gewertete Position im System der sozialen Ungleichheit kein Hindernis für den Glauben ist. Kurz: Die christlichen Kirchen finden soziale Ungleichheit vor, sie erzeugen diese nicht. Die Kirchen und die Theologien können diese faktisch vorhandene Ungleichheit nicht anders wahrnehmen als die Mitglieder der Gesellschaft insgesamt. Sie können jedoch die soziale Ungleichheit für irrelevant erklären, sofern es das kirchlich-religiöse Gebiet betrifft. Und genau das haben die Kirchen in doch beachtlicher Kontinuität immer getan. Vor Gott gibt es kein Ansehen des Standes. In diesem Sinne blieben die Kirchen trotz aller Adaptionen immer Fremdkörper in der Gesellschaft. Predigt und Sakramente – die signa der Kirche – kannten und kennen keine schichtenspezifischen Eigentümlichkeiten. Gewiß kannten Ritus und Liturgie und volkskirchliches Brauchtum Unterschiede des Standes, es blieb dabei aber immer ein ungutes Gefühl und sorgsame Wachsamkeit, daß dieses Brauchtum nicht auf das Zentrum der Kirche übergriff. Sobald aber dieser religiös-kirchliche Raum verlassen wurde, dann mußte die Kirche, vermöge ihrer volkskirchlichen Stellung, sich auch zu Problemen der sozialen Ungleichheit äußern, sobald von bestimmten gesellschaftlich bedeutenden Gruppen die Kriterien der Zuteilung der Positionen im System der sozialen Ungleichheit infrage gestellt wurden. Daß in diesen Situationen revidierbare Entscheidungen zugunsten des schon vergehenden Systems fallen können, liegt in der

Natur der Sache. Um etwas ganz anderes handelt es sich, wenn Gruppen auftreten mit dem Anspruch, soziale Ungleichheit überhaupt und dauerhaft zu beseitigen. Abgesehen von kleinen christlichen Sondergruppen ist dieser Anspruch von den Kirchen immer abgelehnt worden. Die Gründe für diese Ablehnung wurzeln in der Dogmatik der christlichen Kirchen, in der unauflösbaren Unterscheidung des Reiches Gottes und der gefallenen Welt. Faktisch bedeutet diese Ablehnung in einer konkreten historischen Situation in der Regel die Anerkennung des legitimierten Systems der sozialen Ungleichheit.

Man muß also scharf unterscheiden zwischen 1. Kritik an den Kriterien für die Zuordnung sozial ungleich gewerteter Positionen und 2. Kritik an sozialer Ungleichheit überhaupt. Obwohl die Grenze zwischen beiden Kriterien manchmal fließend sein kann, bedingt in der Regel nur die zweite Kritik eine völlige Veränderung der Gesellschaft, während die erste Kritik häufig nur die moralische Anerkennung eines faktisch schon geschehenen sozialen Wandels fordert. – Die gleichen Überlegungen sind anwendbar auf das soziale Phänomen der Herrschaft. Auch Herrschaft bedarf der moralischen Legitimation, soll sie nicht rein terroristische Herrschaft sein. Die erste moralische Legitimation von Herrschaft ist die Einsicht in die Notwendigkeit politischer Herrschaft. Die zweite Legitimation richtet sich auf die Modalitäten des Zustandekommens konkreter Herrschaft und deren Begrenzung. Besteht über diese beiden Legitimationen Übereinstimmung in einer Gesellschaft, so kann diese als politisch weitgehend integriert gelten; die konkreten programmatischen Differenzen vernichten dann nicht die Einheit der Gesellschaft. Die Volkskirchen als Teile der Gesellschaft werden zwar aus theologischen Gründen nicht als Lieferanten ganz konkreter Legitimationen fungieren können, sie können

aber die vorhandenen Legitimationen daraufhin überprüfen, ob diese vereinbar sind mit bestimmten christlichen Grundwerten und Grundeinsichten über die Existenz des Menschen in einer gefallenen Welt. Sofern ein politisches System Grundwerte, wie Freiheit, Wahrheitsliebe, persönliche Ehre, Schutz nicht reglementierter Zuneigung zwischen Individuen, die substantielle Voraussetzungen christlichen Glaubens sind und damit Denk- und Schreibverbote, organisierte Lüge, Entmündigung des Menschen und Denunziation verbieten, garantiert und somit seinen faktisch möglichen Herrschaftsbereich freiwillig begrenzt, liegt es im Legitimationsbereich christlicher Kirchen. Jedes Mehr an inhaltlicher Bestimmung entzieht der Kirche letztlich die Möglichkeit der moralischen Kritik gegenüber bestimmten politischen Handlungen, da in diesem Mehr die Kirchen sich auf bestimmte politische Programmatiken einlassen und festlegen und damit diesen Programmatiken einen moralisch-totalitären Schutz verleihen, der nur in Unfreiheit führen kann.

#### **Parteilichkeit – Fessel oder Befreiung?**

Gerade wer der Kirche ein moralisches Wächteramt zugestehen möchte, wird darum besorgt sein müssen, daß die Kirche diese Aufgabe – die ihr heute durchaus noch zugeschrieben wird – nicht in kleiner Münze verspielt. Eine im Gefolge der politischen Theologie mögliche Klerikalisierung von links beraubt die Kirche ihrer eigenen Freiheit. Das Engagement derer, mit denen „kein Staat zu machen“ ist, wird dann in eine neue Dimension gehoben, wenn dieses Engagement sich nur noch politisch äußern kann. Gerade weil wir von einer zunehmenden Politisierung unserer Gesellschaft ausgehen müssen, was konkret bedeutet, daß

die meisten sozialen Probleme politisch formuliert werden, hat die Kirche zu bedenken, welche Konsequenzen ein politisches Verständnis der christlichen Botschaft hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in einem System der parlamentarischen Demokratie, das auf der permanenten Existenz der Parteien beruht, gesellschaftliche Ziele politisch zu formulieren, Aufgabe der Parteien ist. Bei allen Divergenzen zwischen den Parteien hat das politische System nur dann Bestand, wenn die beteiligten maßgeblichen Parteien bestimmte Themen nicht divergent werden lassen, vornehmlich solche Themen, die sich auf die Modalitäten der Erringung der Herrschaft und deren Begrenzung beziehen; gerade dies wird normalerweise unter dem Begriff „Verfassungstreue“ verstanden. Soll nun die Kirche ihre Botschaft im Kontext einer politischen Theologie formulieren, so kann sie dies entweder in bewußter Anlehnung an die Programmatik einer oder mehrerer Parteien tun oder als utopische Kritik an dem bestehenden System.

Jedes Mahnen an grundlegende Werte, die auch in der Verfassung ihren politisch-juristischen Niederschlag fanden, wäre in den Augen der Systemveränderer von heute oder morgen konservative Parteinahme zugunsten der Herrschenden. Nimmt die Kirche aber Partei im Sinne einer konkreten Programmatik, kann sie dem Vorwurf der Parteilichkeit mit Recht nicht entgehen. Ja, sie erhebt den Zwist zwischen den Parteien damit erst zu einer weltanschaulichen Ebene, die dem Zwist in einer parlamentarischen Demokratie gerade nicht zukommen darf. Unterschiedliche Möglichkeiten von Problemlösungen, wie sie konkrete Programmpunkte einer Partei darstellen sollten, sind keine unüberholbaren Prinzipien, sondern Vorschläge, über die der Bürger bei der Wahl zu entscheiden hat. Der Wähler trifft bei der Wahl keine Glaubensentscheidung, sondern eine pragmatische Zweck-Mittel-Entscheidung. Wo dies nicht berücksichtigt wird, wo Wahlentscheidungen moralisch-weltanschaulich hochstilisiert werden, ist der Bestand einer parlamentarischen Demokratie latent gefährdet. Deshalb sind Wahlaufträge von Theologen und Männern der Kirchenleitungen, wenn sie den Anschein des theologischen Argu-

mentierens auch nur erwecken, äußerst mißlich.

Die utopische Kritik am bestehenden System – häufig kaschiert als legitime Fortsetzung der Sorge für die Witwen und Waisen zur Solidarität mit den sogenannten Randgruppen – vermengt zwei verschiedene Sachverhalte miteinander: Die Solidarität mit den Randgruppen ist tatsächlich eine Konsequenz des Liebesgebotes, Parteien sind aber Organisationen für den geregelten Kampf um die Herrschaft für eine durch die Verfassung begrenzte Zeit sowie für begrenzte Herrschaftsbereiche. In einer parlamentarischen Demokratie unserer Prägung wird aber der Ausgang des Kampfes vom Bürger durch die Wahl entschieden. Und diese Gesellschaft besteht zu über 90% nicht aus Ausgeflippten, entlassenen Strafgefangenen und Bewohnern von Slums. Es ist deshalb völlig unrealistisch zu erwarten, daß die Parteien ihre Programme auf diese Randgruppen konzentrieren könnten. So gewiß es Aufgabe der Kirchen ist, ihre Zuwendung erhöht den Randgruppen zu schenken, so gewiß ist es auch, daß diese Aufgabe nur begrenzt politisch lösbar ist, sondern immer zu einem großen Teil im Bereich der caritas verbleiben wird. Das spricht nicht gegen alle Versuche, diese Randgruppen in die dominante bürgerliche Gesellschaft zu integrieren, es spricht aber gegen alle Versuche, eine Gesellschaft zu konzipieren, in der die Möglichkeit der Desintegration einzelner nicht mehr besteht. Desintegrierte Individuen – Ausgeflippte, Straffällige, Slumbewohner – sind die Negativerscheinungen der Freiheit, nicht im Sinne eines individuellen Verschuldungsprinzips, sondern verstanden als die strukturellen Risiken eines nicht alles reglementierenden Staates.

#### **Das Dilemma von Freiheit und Ordnung**

Die politische Theologie fordert ein Mehr an Freiheit. Sie will Zwänge aufdecken, Herrschaft abbauen, Anwalt der Zukurzgekommenen sein. Aber sie kann dies alles nur im Rahmen eines politischen Systems wollen, das eine dauernd gefährdete Balance zwischen Freiheit und integrierender

Ordnung aufrecht zu erhalten versucht. Jede Reformeuphorie, die sich bemüht, die Ecken und Kanten eines gesellschaftlichen Systems abzuschleifen, hat mehr Integration im Auge. Es ist jedoch Etikettenschwindel zu behaupten, diese verstärkte Integration bedeute automatisch mehr Freiheit. Freiheit in einem verständlichen politischen Sinn ist immer eine Funktion der Handlungsmöglichkeiten, auch der Möglichkeiten, die sich auf banale Handlungen beziehen. Nur wenn man so bestimmte Freiheit als manipulierte Scheinfreiheit diskreditiert, kann man den Anspruch erheben, Freiheit und integrierende Ordnung korreliert positiv. Eine verbal auf das Freiheitspostulat eingeschworene politische Theologie verschleiert das Dilemma von Freiheit und Ordnung. Anscheinend wird manchmal den Schöpfern der politischen Theologie dies bewußt und sie versuchen dann – so etwa J. B. Metz – sich vermittels der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft dem Dilemma zu entziehen. Deshalb haben die Anhänger einer politischen Theologie auch so großes Zutrauen zu den Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen. Genau betrachtet handelt es sich aber bei diesen Bewegungen und Initiativen nicht um die Befreiung der Gesellschaft von administrativer und politischer Be-

vormundung, sondern um Einflußnahme auf Parlamente und Verwaltungen, wobei diese Einflußnahme sich jedoch nicht mehr als klare Interessenvertretung äußert, sondern als moralischer Anspruch. Die Hypermoralisierung, die der politischen Theologie eigentümlich ist, findet sich auch bei verschiedenen Bürgerbewegungen. Die Gefahr eines langsamen Abgleitens in geschlossene Systeme auf Referendumsgrundlage ist nicht zu übersehen. Demgegenüber ist das parlamentarische System ein System des Kompromisses auf der Grundlage anerkannter, wenn auch divergierender Partikularinteressen. Unter den gesellschaftlichen Bedingungen des 20. Jahrhunderts, d. h. vor allem unter den Bedingungen einer entfalteten Technik, kann Gesellschaft in konkreter Aktion nur total politisierte Gesellschaft sein oder anders ausgedrückt: Staat und Gesellschaft fallen zusammen, es gibt keine von Politik freie Sphäre des Gesellschaftlichen mehr; es ist dies keine schlechte Definition des totalen Staates. Will die politische Theologie nicht dem anarchistischen Postulat folgen, daß vollendete Freiheit notwendig vollkommene Harmonie zur Folge hat (ein aller Erfahrung widerstrebendes Postulat), dann besteht die Gefahr, daß das Programm von mehr Freiheit umschlägt ins Totalitäre. Man

darf nicht übersehen, daß die politische Theologie nicht nur eine Theologie der Freiheit ist, sondern auch eine Theologie der sozialen Reform. Soziale Reform bedeutet aber im Kontext unserer Gesellschaften ein erhöhtes Maß an staatlichen Eingriffen in gesellschaftliche Prozesse. Nüchterne Politik weiß, daß so konkret Freiheit verringert wird, so notwendig es auch sein kann, dies in bestimmten Situationen in Kauf zu nehmen. Das Abwägen zwischen Freiheit und Reform (gemeint ist immer verändernde Reform, nicht die Abschaffung überständiger Reglementierung) ist politische Aufgabe. Enthusiastisch-euphemistische Terminologie kann sich daran vorbeimogeln, meistens auf Kosten der Freiheit.

Die moderne politische Theologie strebt nach Eindeutigkeit, wo es diese nur begrenzt geben kann. Die politische Theologie verleiht dem Politischen eine theologische Dignität, die weder der Theologie noch dem Politischen gut bekommt.

## Kurz notiert

### Rund 40 Geistlichen in der Tschechoslowakei Lizenz entzogen

Je zwölf Pfarrern der protestantischen Tschechoslowakischen Kirche und der Evangelischen Kirche der Tschechischen Brüder (Brüderkirche) sowie mindestens 16 katholischen Priestern hat die tschechoslowakische Regierung die Genehmigung zur Ausübung des seelsorgerlichen Amtes entzogen. Dies geht aus dem Bericht eines Besuchers der Tschechoslowakei hervor, der jetzt von der Abteilung für Internationale Angelegenheiten des Britischen Rates der Kirchen veröffentlicht wurde.

Zwei der Pfarrer, deren Entlassung auf diese Weise vom Staat erzwungen wurde, sind danach führende Mitglieder einer Gruppe „Neue Orientierung“, die sich in der Brüderkirche um einen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ bemüht. Es handelt sich um Pfarrer Alfred Kocab aus Mlada Boleslav und Pfarrer Jacub Trojan aus Libis. Trojan nahm die Beerdigung von Jan Palach vor, der sich 1969 aus Protest gegen die sowjetische Besatzung selbst verbrannt hatte. Beide Pfarrer betrachten ihre Entlassung als illegal und fechten sie an. In der Tschechoslowakei kann kein Geistlicher ohne staatliche Lizenz von der Kirche berufen werden, zumal der Staat ihre Gehälter bezahlt. Es ist jedoch unstrittig, ob der Staat eine Berufung durch Entzug der Lizenz willkürlich beenden kann.

Die Pfarrer, die ihre Lizenz verloren haben, sind nach Ansicht des Staates nur für untergeordnete Arbeiten geeignet. Sie sind gegenwärtig u. a. als Krankenwagenfahrer, Liftboy, Nachtwächter, Kuhhirte, Lagerarbeiter und Hausmeister beschäftigt. Ihnen und ihren Ehefrauen wurden die Pässe entzogen.

### Arbeit an Drogenabhängigen

Die Ahldener Bruderschaft e. V. hat dem Geistlichen Rüstzentrum eine Arbeit an drogenabhängigen jungen Männern angegliedert. Die Arbeit wurde bisher von Dr. Hornemann geleitet. Sie erfolgt auf einer Rehabilitationsfarm. In den meisten Fällen konnte in einem Zeitraum

von fünf bis sechs Monaten eine Unabhängigkeit von der Droge erreicht worden. Ein großes Gewächshaus ist der Arbeit angegliedert, in dem eine Therapie für besonders schwierige Fälle erfolgt. Fachkräfte überwachen den therapeutischen Prozeß. Die Einweisung erfolgt über Krankenkassen und Sozialämter. Das Werk ist als förderungswürdig beim Landesozialamt Hannover anerkannt. Ein Prospekt, der von der Rehabilitationsfarm „Glaubenshof“ berichtet und darüber Auskunft gibt, ist anzufordern beim Geistlichen Rüstzentrum Krelingen, 303 Walsrode 11.

Seminare, Bibel-, Familien- und Schülerfreizeiten sowie Jugendtage veranstaltet das geistliche Studienzentrum des Rüstzentrums Krelingen während des ganzen Jahres. Den Veranstaltungskalender und nähere Einzelheiten zum Programm schickt das Rüstzentrum auf Anfrage gern zu.

---

#### **Keine Mehrheit für Antirassismus-Sonderfonds in Bremer Landeskirche**

---

In der gegenwärtigen kirchenpolitischen Situation wird es schwierig sein, für den Antirassismus-Sonderfonds des Weltkirchenrates in Genf eine Mehrheit innerhalb der Bremer Landeskirche zu finden. Dies erklärte der Schriftführer der Bremischen Evangelischen Kirche, Pastor Heinz-Georg Binder, vor den 70 Teilnehmern einer internationalen Jugendtagung im Evangelischen Gemeindezentrum in Bremen-Lüsum. In der evangelischen Kirche sei die weltanschauliche, theologische und politische Polarisierung offenkundig, meinte Binder. Die unterschiedlichen Meinungen zum Antirassismus-Programm seien dafür ein Beispiel.

---

#### **Synode soll Gelder an Weltkirchenrat einfrieren lassen**

---

Der Landeskirchenrat der pfälzischen Landeskirche soll alle Gelder an den Weltkirchenrat bis auf weiteres einfrieren lassen. Diesen Antrag will die Pfarrergemeinschaft Pfalz auf der nächsten Landessynode im Mai stellen. Ferner

soll die Landessynode aufgefordert werden, sich von allen Organisationen zu distanzieren, die eine gewaltsame Weltveränderung betreiben.

In einem Schreiben an den Synodalpräsidenten Fritz Schneider hat die Gebetsbruderschaft sich bestürzt über die „neuerlichen Solidarisationen“ des Weltkirchenrates mit „Terrororganisationen“ und den Beschluß zur stärkeren finanziellen Unterstützung der Befreiungsorganisationen geäußert.

---

#### **Drei Millionen für flankierende Maßnahmen zur Reform des Paragraphen 218**

---

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wird im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß der Synode drei Millionen Mark aus dem kirchlichen Haushalt für die Bildung eines Sonderfonds für flankierende Maßnahmen anläßlich der bevorstehenden Reform des Paragraphen 218 zur Verfügung stellen. Mit dem Geld soll in Konflikt- und Notsituationen den Frauen großzügig, schnell und unbürokratisch geholfen werden.

---

#### **Stellungnahme gegen Unterdrückung in der Sowjetunion gefordert**

---

Die Frage eines Austritts aus dem Weltkirchenrat könnte nach Ansicht des norwegischen Bischofs Per Juvkvam aus Bjoergvin relevant werden, falls der Weltkirchenrat sich nicht klar zu den sowjetischen Pressionen gegenüber Solschenizyn und anderen Intellektuellen in der UdSSR äußert. Bischof Juvkvam kommentierte mit diesen Worten einen Offenen Brief des norwegischen Schriftstellers Viktor Sparre. Der Schriftsteller stellte die Frage, ob man Christ sein und zu gleicher Zeit sich ruhig gegenüber den Vorgängen in der Sowjetunion verhalten kann. Nach Darstellung des Informationsdienstes der lutherischen Kirche Norwegens hat Bischof Juvkvam diese Frage an den Weltkirchenrat weitergerichtet. „Bis jetzt“, sagte der Bischof, „haben wir nur lauwarme Äußerungen vom Weltkirchenrat erhalten.“

---

#### **Keine landeskirchlichen Mittel für Antirassismus-Fonds**

---

Weder die pfälzische Landeskirche noch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) bringen Mittel in den Sonderfonds des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates ein. Dies erklärte Oberkirchenrat Fritz Roos (Speyer), der Ökumenedezernent der Landeskirche, dem Evangelischen Pressedienst. Damit nahm er Stellung zu einem Antrag der Pfarrergemeinschaft Pfalz an die pfälzische Landessynode.

Die Evangelische Kirche in Deutschland zahle Beiträge für mancherlei Aktivitäten des Weltkirchenrates, sagte Roos. Die größte Unterstützung der Welt-Ökumene

**Weisen Sie auf die Evangelische Verantwortung auch in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis hin. Freixemplare senden wir Ihnen gerne zu.**

erfolge über „Brot für die Welt“ und über „Kirchen helfen Kirchen“. Der Weltkirchenrat führe einen eigenen Sonderfonds zur Durchführung seines Antirassismus-Programms. Dieser Fonds würde nicht gespeist aus Mitteln des Etats des Weltkirchenrates, sondern aus Spenden, die zweckgebunden auf diesen Fonds überwiesen würden. Roos gegenüber hatte kürzlich der Direktor der Finanzabteilung des Weltkirchenrates, Frank Northam (Genf), betont, daß kein Pfennig der Gelder des Weltkirchenrates anders verwendet würden, als sie festgelegt worden seien.

---

#### **Tersteegen-Konferenz**

---

„Oh komm du Geist der Wahrheit“ lautet das Thema der „Gerhard-Tersteegen-Konferenz Essen '74“, die vom 11. bis 13. Juni stattfindet. Zu den Referenten gehören u. a. der westfälische Präses D. Hans Thimme (Bielefeld), Pfarrer Winrich Scheffbuch (Stuttgart) und Pfarrer Paul Deitenbeck (Lüdenscheid).

# Politik aus christlicher Verantwortung

Eine Würdigung für Professor D. Wilhelm Hahn

Gerhard Schröder

Wer mit dem Kultusminister des Landes Baden-Württemberg, Professor D. Wilhelm Hahn, in den verschiedenen Gremien des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zusammenarbeitet, hat die persönliche Integrität dieses Wissenschaftlers und engagierten Politikers besonders schätzen gelernt. Am 14. Mai '74 begeht Wilhelm Hahn seinen 65. Geburtstag; der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Dr. Gerhard Schröder, würdigt mit dem folgenden Beitrag die Verdienste dieses Mannes sowohl für den EAK als auch darüber hinaus für unser politisches Leben.

Wilhelm Hahn wird 65 Jahre alt in einer Zeit, die für unser Volk besondere Markierungspunkte setzt. Mehr als 25, bald 30 Jahre, sind seit dem Tag vergangen, an dem der zweite Weltkrieg sein Ende gefunden hat. Wir haben in den vergangenen Jahren einen Staunen und Bewunderung, auch Verwunderung und Neid, erregenden großartigen Wiederaufbau und Neubau unseres Landes geschaffen. Seine noch andauernde Teilung ist unsere schwerste Bürde.

Unsere Tage sind nun voll Unruhe und Sorge, voller Fragen und Unsicherheit im Blick auf die Zukunft. In einer großen deutschen Tageszeitung erscheint, während ich dies schreibe, ein Leitartikel mit der Überschrift „Verfall der Herrschaft“. Gemeint ist das nicht nur für uns, sondern für weite Teile der Welt, über unser Land hinaus.

Der Theologe und Politiker Wilhelm Hahn gehört zu den paar Hundert Menschen in unserem Volk und Land, die etwas „zu sagen“ haben. Nicht nur „zu sagen“, sondern als Minister – dienstältester Kultusminister Deutschlands – natürlich auch „Besonderes zu tun“ haben. Seine gesetzgeberische Leistung und seine Leistung als hoher Verwaltungsmann werden von den für die Kulturpolitik und Kulturverwaltung zuständigen Persönlichkeiten eindrucksvoll dargestellt.

Ich bin der Frage nachgegangen, was er uns, seinen Freunden in der

CDU, ganz besonders den Evangelischen, zu sagen hat. Ich meine, man kann das am besten zeigen, indem man Hahn's eigene Worte wiedergibt.

1965 hat Wilhelm Hahn eine Zusammenfassung einiger Vorträge unter dem Titel veröffentlicht „Demokratische Bewährung“. Die Bezeichnungen und Überschriften der dort zusammengefaßten 12 Vorträge lesen sich wie ein Programm:

*Säkularisation und Religionszerfall; Erneuerungsbestrebungen in Christentum und Kirche;*

*Evangelische Kirche und Jugendbewegung;*

*Realismus und Liebe in der Politik; Kritik und Dienst als Grundkräfte demokratischer Ordnung;*

*Evangelische Theologen und politische Parteien heute;*

*Die CDU als Problem der evangelischen Theologie;*

*Die Bewältigung unserer Vergangenheit als politisches und theologisches Problem;*

*Kulturpolitik und Bildungsplanung; Das geteilte Abitur;*

*Die doppelte Aufgabe der Bildungsreform;*

*Strukturfragen unseres künftigen Bildungswesens.*

Aus dem Vorwort zitiere ich:

*„Mein Weg in die Politik war durch die Sorge motiviert, der deutsche Protestantismus könnte ein zweites Mal der Demokratie seine Mitarbeit versagen und sich damit nicht nur aus dem Aufbau der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung selbst ausschalten, sondern deren Wachsen schwächen...“*

*Die Thematik der Vorträge mag zufällig erschellen, in Wirklichkeit sind sie alle ein Dialog mit jenen Stimmen, die auf der Suche nach dem idealen Staat und der makellosen Gesellschaft der nüchternen und verantwortlich aufbauenden politischen Arbeit, die immer im Zwielicht unserer Welt geschieht, absagen wollen.*

*Wenn ich diese Vorträge heute in einem Band zusammenfasse und dadurch weiteren Kreisen zugänglich mache, geschieht das auf Wunsch vieler Hörer und in der Erwägung, daß dieses Buch dem protestantischen Menschen in der Bundesrepublik, der sich über seine politische Position klarwerden möchte, bei dieser Entscheidung helfen könnte.“*

Und weiter aus dem Vorwort:

*„Die Vorträge sind nahezu in der zeitlichen Folge angeordnet, in der sie gehalten wurden. So spiegeln sie meinen Weg aus der rein akademischen und theologischen Sphäre in die Breite und Tiefe der politischen Realität: Den ersten Vortrag habe ich 1958 bei der Übernahme des Rektorats der Universität Heidelberg gehalten, die letzten bereits als Kultusminister des Landes Baden-Württemberg. Damit wird verständlich, daß in den ersten Beiträgen das Theologische und Theoretische im Vordergrund steht, während zum Schluß der zum Handeln gerufene Politiker sehr konkrete Vorschläge zur Bildungspolitik vorlegt. Das Mittelstück bilden Vorträge über das Verhältnis des Christen zu Politik, Staat und Parteien. Sie stammen aus der Zeit, in der ich neben meiner theologischen Lehrtätigkeit an der Universität ein Bundestagsmandat innehatte.“*

*Vielleicht wird gerade durch die sehr unterschiedlichen Bereiche, die in diesem Buch berührt werden, jenes Gefälle deutlich, das jedem politischen Engagement eignet: vom Gedanken zur Tat.“*

Hahn bekannte sich uneingeschränkt zur politischen Verantwortung des Christen und sah in ihr die Verpflichtung zur Tat. Er sprach seine Überzeugung aus, daß „Mitarbeit in einer politischen Partei innerhalb der Demokratie aus christlicher Verantwortung nicht das persönliche Hobby eines Außen-

seiters, auch nicht nur ‚aktiver Patriotismus‘, wie Theodor Heuß gesagt hat, sondern politische Diakonie“ sei (S. 77). Die politische Entscheidung des Christen bedeutete für ihn, daß er damit „einstiegen müsse in den Bereich des Ringens um die Macht“. Wie er dies versteht, wird klar aus einer anderen Bemerkung, in der er zunächst „den säkularisierten Staat und die demokratisch-pluralistische Gesellschaft in ihrem Dasein, wenn auch nicht immer in ihrem So-sein, als eine Gegebenheit“ bejaht, dann aber betont, daß „beide gerade der christlichen Verantwortung, der christlichen Toleranz und der christlichen Bändigung der Macht besonders bedürfen (S. 75). Er legt an die Verantwortung des Politikers einen hohen Maßstab an, für den entscheidend ist „eine Verantwortungsethik, die zugleich Gesinnungsethik ist“ (S. 57), denn er sieht diese Verantwortung so:

*„Denn dem Politiker ist das Leben, die Freiheit und das Wohl der Menschen anvertraut. An seiner Entscheidung kann das Glück oder Elend von Millionen Menschen hängen. Er kann sich nicht entschuldigen, daß er aus edler Gesinnung gehandelt habe, wenn seine Politik in eine Katastrophe führt. Als Politiker wird er niemals nur nach der Gesinnung gemessen werden, sondern immer auch an den Folgen, die seine Politik für die ihm anvertrauten Menschen hatte“ (S. 57).*

Wilhelm Hahn stellte sich dieser Verantwortung. Er schloß sich als evangelischer Christ der Christlich-Demokratischen Union an, in der katholische und evangelische Christen sich nach dem Zusammenbruch 1945 unter dem Eindruck der Erfahrungen aus der Weimarer Zeit und dem Naziregime zur gemeinsamen politischen Arbeit gefunden hatten. Hahn sagt dazu:

*„Es war eine Tat aus christlicher Freiheit. Im Gehorsam gegen die Erkenntnis, in jener Stunde der politischen Verantwortung nicht ausweichen zu dürfen und zu konkreter gemeinsamer Aktion gerufen zu sein, schlossen sich evangelische und katholische Menschen zusammen“ (S. 92).*

Für Hahn war die CDU die Antwort auch auf die Frage:

*„Wo sollten damals alle nicht-sozialistisch eingestellten Deut-*

*schen ihre politische Heimat finden? Wie ihre politische Mitverantwortung beim Aufbau der Demokratie einsetzen?“*

Für Hahn konnte dies nur geschehen im Rahmen einer Volkspartei, die ihre Arbeit unter christliche Verantwortung stellte und deshalb auf eine Ideologie verzichten konnte. Seine Auffassung von dieser Volkspartei legt er wie folgt dar:

*„Eine Volkspartei ist ein weiter und vielfältiger Bereich. In ihm sammeln sich Menschen sehr unterschiedlicher Provenienz und Färbung. Dies kann bei einer politischen Partei nicht anders sein und ist auch theologisch gerechtfertigt, denn eine Partei ist Bestandteil des Staates und der Gesellschaft, nicht aber der Kirche. Sie ruft alle zu sich, ohne sie auf ihren Glauben zu prüfen. Die Partei aber hat ihre Mitte in dem Bekenntnis zu der grundlegenden Bedeutung des christlichen Glaubens für Geschichte und Gegenwart unseres Volkes. Sie leitet daraus nicht eine verbindliche Weltanschauung ab, sondern handelt von dieser Mitte aus, wenn auch wirklich politisch, und schafft gerade so einen Bereich gelstiger und politischer Freiheit. Deshalb gibt sie allen, die auf dieser Basis mitarbeiten, Raum. Die CDU muß ihrem Wesen nach eine Partei der Freiheit sein. Sie muß es um des „C“ in ihrem Namen willen. Gerade deshalb wird sie Volkspartei und nicht im engen Sinne Weltanschauungspartei sein wollen“ (S. 96).*

Hahn sieht seinen Schritt in die Politik nicht als Aktion eines Einzelgängers an, sondern möchte auch ein Beispiel geben. Er stellte „eine ernste Frage an die Akademiker“:

*„Haben sie die Lektion von Weimar gelernt, daß man das politisch-parlamentarische Feld nicht in hoher geistiger Distanz anderen überlassen kann, während man sich selbst zu vornehm und bedeutend dünkt, um sich in Wahlversammlungen zu schlagen und in parlamentarischer Kleinarbeit zu verbrauchen? Gehört nicht zur Bewältigung der Vergangenheit die Einsicht, daß nicht andere die Kohlen aus dem Feuer holen sollen, die man dann noch wegen ihrer fragwürdigen Leistung kritisiert, sondern daß man selbst an die Front demokratischen Lebens muß?“ (S. 109/110).*

Mir scheint, daß diese Frage auch heute immer wieder begründet gestellt werden kann, weil die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in den politischen Parteien gerade in Kreisen der Akademikerschaft, und hier besonders der evangelischen, nicht so ist, wie es in einem demokratischen Gemeinwesen nötig ist. Die Front des demokratischen Lebens „muß stärker besetzt werden“! Wilhelm Hahn selbst steht nun im zwanzigsten Jahr an dieser Front, davon fast zehn Jahre in einem der verantwortungsreichsten Ämter unseres Staates, dem eines Kultusministers. Wer die Entwicklung im deutschen Bildungswesen, an Schulen und Universitäten im letzten Jahrzehnt verfolgt hat, weiß, welche Bürde der verantwortliche Minister zu tragen hat.

Das Kernproblem, vor das sich deutsche Bildungspolitik gestellt sah und weiter sieht, hat er so umrissen:

*„So Großes gerade unser deutsches Bildungswesen in den letzten eineinhalb Jahrhunderten geleistet hat, wird es doch den Anforderungen des Atomzeitalters, der Automation und dem internationalen Kräftespiel der heutigen Menschheit auf der durch den Verkehr zusammengerückten Erde nicht mehr gerecht. Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, uns auf die Anforderungen der Zeit einstellen und unser Bildungswesen neu durchdenken und neu ordnen“ (S. 117).*

In seiner nüchternen Weise fügte er aber hinzu:

*„Wenn man die Offenheit für das Neue und die Bereitschaft zur Wandlung so stark unterstreicht, so gibt es doch eine konstante Basis unserer Kulturpolitik, die wir nicht verlassen dürfen. Diese Basis ist die christliche Anthropologie“ (S. 118).*

Er war sich bewußt:

*„Diese Spannung und Dialektik von konservativ und fortschrittlich, ja revolutionär ist das Wesen echter christlicher Politik und Kulturpolitik: Sie ist konservativ und fortschrittlich zugleich und doch mit keinem von beiden zu identifizieren“ (S. 120).*

Hahn setzte sich dafür ein, Bewährtes zu erhalten und weiterzuentwickeln, Neues einzuführen, wo es notwendig war. Ihm ging und geht es nicht um Ideologie, sondern

um den Menschen und seine Freiheit. Er beschreibt in charakteristischer Weise, wie er sich die Bewältigung der Bildungsprobleme vorstellt:

„... wir glauben, daß die Zukunft plastisch ist, und das heißt, daß sie von der freien Entscheidung des Menschen mitgestaltet werden kann. Wir versuchen, die Entwicklungslinien zu erkennen, um auf sie Einfluß zu nehmen. Es geht darum, in dem großen Rahmen, der sich vor uns abzeichnet, den Raum für die freie Entscheidung der menschlichen Person und ihren Lebensraum zu sichern und in diesem Raum dann unsere pädagogischen Zielvorstellungen zu verwirklichen. Die ökonomischen, technischen und gesellschaftlichen Trends dürften nicht über uns Herr werden, sondern sie sollen erkannt und in ihre Schranken gewiesen werden. Bildungsplanung darf heute nicht Kapitulation sein vor den soziologischen Daten und vor der Entwicklung der Welt, die auf uns zukommt, nicht Verplanung des Menschen,

sondern sie soll sein der Versuch, dem Menschen die ihm um seiner Menschlichkeit willen notwendige Freiheit und den Raum der freien und eigenen Entscheidung zu bewahren“ (S. 122/123).

Für seine politischen Überzeugungen ist der christliche Demokrat Wilhelm Hahn stets unerschrocken und mit dem Mut eingetreten, den wir sonst in unserer Zeit oft vermissen. Ihm ging es nicht darum, billigen Beifall zu finden, sondern das durchzusetzen, was er als sachlich richtig erkannt hatte. Er hat damit eine Haltung gezeigt, die er selbst als entscheidend wichtig für das Gedeihen eines demokratischen Gemeinwesens gekennzeichnet hat: den selbstverständlichen Willen zum Dienst am Ganzen.

In diesem Sinne hat er auch seine Mitarbeit an verantwortlicher Stelle im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU – als stellvertretender Bundesvorsitzender und jahrelang als Leiter der Studiengruppe – verstanden. Aus seiner Gesamthaltung heraus, die ich deut-

lich zu machen versucht habe, hat er zum Gehalt unserer Jahrestagungen und zum geistig-politischen Gedankengut der CDU/CSU wertvolle Beiträge geleistet. Der Evangelische Arbeitskreis verdankt ihm besonders die für sein Wirken so wichtige sichere theologische Orientierung.

Ich habe zu Anfang einen Aufsatz erwähnt über den „Verfall der Herrschaft“. Dort ist – ich möchte beinahe sagen natürlich – nicht Gottesherrschaft gemeint, sondern Herrschaft weltlicher Institutionen.

Wir sind froh darüber, daß wir uns gemeinsam mit Wilhelm Hahn zu einer nicht verfallenden Herrschaft bekennen und sagen können: „Du bist mein Gott, mein Herr, lehre mich recht erkennen, was ich in der Welt zu tun habe, und gib mir Kraft, dies unerschrocken zu tun.“

Mein Geburtstagswunsch an Wilhelm Hahn ist es, daß ihm dies unerschrockene Tun und dieses rechte Erkennen noch lange geschenkt werde.

---

## Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

---

### **Evangelische Akademie Arnoldshain 6381 Arnoldshain (Taunus)**

17. bis 19. Mai 1974  
Zwischenbilanz einer Krise –  
Revision der Wachstumspolitik in  
den Industrieländern aus entwick-  
lungspolitischer Notwendigkeit.

31. Mai bis 3. Juni 1974  
XII. Ökumenische Pfingsttagung.  
Umkehr und Erneuerung – Wege  
zur Veränderung in Kirche und Ge-  
sellschaft.

**Evangelische Akademie Loccum  
3055 Loccum / üb. Wunstorf**  
12. bis 14. Juni 1974  
Kirche als Körperschaft öffentlichen  
Rechts?

**Evangelische Akademie Berlin  
1 Berlin 39, Königstraße 64 b**  
18. und 19. Mai 1974  
Sozialstaat und  
Arbeiterbewegung –  
Studententagung

**Evangelische Akademie  
Schleswig-Holstein  
236 Bad Segeberg,  
Marienstraße 31**  
17. bis 19. Mai 1974  
Wohnen – ein soziales Problem –  
Referat für junge Erwachsene

**Evangelische Akademie Tutzing  
8132 Tutzing (Starnberger See),  
Schloß**  
10. bis 12. Mai 1974  
(in Alexandersbad [Ofr.])  
Kirche und Konservatismus

**Evangelische Akademie  
Rheinland-Westfalen –  
Haus Ortlohn  
586 Iserlohn (Westfalen),  
Baarstraße 59–61**  
22. und 23. Mai 1974  
Herrschaft Christi – über die Be-  
deutung des biblischen Redens von  
Herrschaft für unsere Gegenwart.  
Theologische Tagung zum Himmel-  
fahrtstag.

**Evangelische Akademie  
Rheinland-Westfalen –  
Haus der Begegnung  
433 Mülheim (Ruhr),  
Uhlenhorstweg 29**  
15. und 16. Juni 1974  
Die Bedeutung jüdischer Denker zur  
Gestaltung der heutigen Welt.

**Evangelische Akademie  
Kurhessen-Waldeck  
352 Hofgelsmar,  
Schlößchen Schönburg**  
7. bis 9. Juni 1974  
Hessische Rahmenrichtlinien –  
Ein Weg zur inneren Schulreform?

**Evangelische Akademie der Pfalz  
672 Speyer, Große Himmels-gasse 6**  
18. und 19. Mai 1974  
Vom Sinn und Nutzen des Religions-  
unterrichts in der Schule –  
Für Eltern, Schüler, Lehrer und  
andere Interessierte.

# Aus unserer Arbeit

## Nürnberg

### EAK diskutiert

Über das Thema „Staat und Kirche“ diskutierten auf einer öffentlichen Podiumsveranstaltung des EAK der CSU Vertreter der Kirche, der Jungdemokraten und der CSU in Nürnberg. Frau Ingeborg Geisendörfer, Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, moderierte das Gespräch, in dessen Mittelpunkt das Grundsatzpapier eines Sonderausschusses des Bundesvorstandes der F.D.P. „Freie Kirche im freiem Staat“ stand.

Vor dieser öffentlichen Veranstaltung hatten die Delegierten des bayerischen EAK ihre am 26. Januar 1974 in Augsburg unterbrochene Landesversammlung fortgesetzt und die noch offenstehenden Neuwahlen der Schriftführer, Schatzmeister, Beisitzer und Revisoren des EAK-Landesvorstandes durchgeführt.

## Frankfurt

### MdL Borsche in Frankfurts EAK wiedergewählt

Die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Frankfurt gaben während ihrer letzten turnusmäßigen Zusammenkunft einstimmig dem Vorstand des Arbeitskreises für weitere zwei Jahre ihr Vertrauen. Dem Vorstand gehören der Frankfurter Landtagsabgeordnete Arnulf Borsche, die Ärztin Frau Dr. Edda Neele, der Stadtverordnete Dr. Hans-Jürgen Hellwig sowie der Kaufmann Hans Sittig an. Borsche hatte in seinem der Wahl vorausgehenden Rechenschaftsbericht für die abgelaufene Amtsperiode des Vorstands betont, daß der Evangelische Arbeitskreis der CDU seine Hauptaufgabe darin sähe, grundsätzliche Positionen zu den politischen Problemen zu erarbeiten und in der Diskussion mit

den Mitgliedern der CDU zu vertiefen. Darüber hinaus wäre es Sache des Evangelischen Arbeitskreises, immer wieder den Meinungsaustausch mit den Vertretern der Evangelischen Kirche zu suchen und im offenen Gespräch die beiderseitigen Standpunkte zu wesentlichen Fragen der Politik zu verdeutlichen. Als gestaltende politische Kraft in unserem Lande müßte die CDU die Grundlagen ihrer Politik weitesten Kreisen nahebringen.

Auf derselben Veranstaltung hielt der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Rheinland-Pfalz, Albrecht Martin, MdL, das Hauptreferat zum Thema „Erziehung: Elternpflicht oder Staatsauftrag?“. Besonderes Merkmal totalitärer Staaten wäre ihr Anspruch auf den ganzen Menschen, erklärte der Redner. Deshalb würden in solchen Systemen keinerlei Bindungen nach außen anerkannt. Eine Sicherung gegen die Etablierung des totalitären Staates wäre die Erhaltung des Einflusses der Eltern auf die Erziehung der Jugend. Die Schule dürfte nicht ausschließlich als Vorbereitung für bestimmte gesellschaftliche oder politische Ordnungssysteme betrachtet werden. Die heute so häufig beschworene emanzipatorische Erziehung als Hauptaufgabe der Schule werde gern mißdeutet.

Martin wollte darunter verstanden wissen, daß die Menschen befähigt werden müßten, sich in einer bestehenden Ordnung in Freiheit zu entfalten. Im Hinblick auf weitverbrei-

überhaupt bedeute. Unter deutlicher Anspielung auf die Hessischen Rahmenrichtlinien sagte der Redner: „Jede Tendenz zur Aufhebung der Pluralität ist trotz Mehrheitsbeschluß gegebenenfalls verfassungswidrig.“

## München

### Evangelischer Arbeitskreis keine pressuregroup

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CSU verstehe sich weder als pressuregroup in der Kirche, noch in der CSU. Dies erklärte der Vorsitzende des EAK, der Bundestagsabgeordnete Dr. Werner Dollinger, in einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst. Der EAK könne wechselseitig Gedanken der Kirche für die Politik nutzen, aber auch Themen der Politik den Kirchen nahebringen. Dabei komme es nicht darauf an, daß jeweils die Auffassungen des anderen übernommen werden, sondern daß man sich besser informiert und aufeinander hört, meinte Dollinger. Die Kirche dürfe sich keiner Partei verschreiben, sondern müsse um ihres Auftrages willen ihr Wächteramt wahrnehmen.

Wie Dollinger weiter darlegte, betrachtet sich der Evangelische Arbeitskreis der CSU keinesfalls als kritische Opposition innerhalb dieser Partei. Evangelische Christen seien ein selbstverständlicher, mitgestaltender Bestandteil der Union geworden. Der EAK wolle durch seine Arbeit evangelische Christen für politische Fragen interessieren und für politische Mitarbeit im weitesten Sinne gewinnen. In die Diskussion sollten nach Meinung Dollingers auch katholische Mitglieder der CSU einbezogen werden. Manche Entwicklung der letzten Jahre habe bewiesen, welche Gefahr für den einzelnen und für das Volk entstehe, wenn Ethik, Moral und auch christliche Gebote und Verbote nicht mehr beachtet würden.

#### Unsere Autoren

Dr. Günter Kehrer, Universitätsdozent  
74 Tübingen  
Eichenweg 18

Dr. Gerhard Schröder, MdB  
53 Bonn, Bundeshaus

Wir bringen jeweils die Anschriften der Autoren, damit unseren Lesern die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme gegeben ist.

tete schulpolitische Zielsetzungen warnte Martin vor jeglichem Zurückdrängen des Elternrechts, weil dies auch einen Angriff auf die Pluralität

## Dokumentation

# Dietzfelbinger stellt kritische Fragen zum Antirassismus-Fonds

**Der Sonderfonds des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates ist seit seinem Bestehen umstritten und Brennpunkt heftiger Diskussionen. D. Hermann Dietzfelbinger, Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern und ehemaliger Ratsvorsitzender der EKD, greift in einem Brief an den Generalsekretär des Weltkirchenrates, Dr. Philip Potter, die offenen und neutralen Punkte dieser Aktivität des Ökumenischen Rates auf. Wir geben Ihnen diesen Brief nachfolgend zur Kenntnis:**

„Sehr verehrter Herr Generalsekretär, lieber Bruder Potter, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern nimmt als Mitgliedskirche des Ökumenischen Rates an den Fragen und Aufgaben des ökumenischen kirchlichen Lebens regen Anteil. Ich habe darüber mit Ihnen anlässlich unserer Frühjahrssynode in München 1973 wie auch mit Ihrem Vorgänger, Dr. Blake, verschiedene Gespräche führen dürfen. Dabei haben wir auch immer wieder die Problematik des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates nach der positiven und nach der negativen Seite berührt. Am 5. März hat sich unser Landeskirchenrat eingehend mit der Situation nach den Beschlüssen des Exekutivausschusses in Bad Saarow beschäftigt. Ich weiß sehr wohl zu unterscheiden zwischen dem Antirassismus-Programm als Ganzem und dem Sonderfonds dieses Programms. Hinter dem Programm als Ganzem steht ja die Erkenntnis von Galater 3,28: ‚Hier ist kein Jude noch Grieche, denn ihr seid allzumal einer in Christus Jesus.‘ In dieser Erkenntnis sind wir Christen einig, und sie verpflichtet uns bis hin zum Eintreten für die allgemeinen Menschenrechte. Wenn wir

jedoch die uns zugegangenen Berichte über die Tagung des Exekutivausschusses in Saarow ansehen, so mußte bei uns weithin der Eindruck entstehen, als bestehe das Antirassismus-Programm allein im Verteilen von Mitteln aus dem Sonderfonds und als sei dieser Sonderfonds eine aus Steuermitteln unserer Kirchen getragene Aktivität. Selbstverständlich haben alle Kirchenmitglieder die Freiheit, für humanitäre Zwecke der Befreiungsbewegungen Spenden zu geben. Bei Kirchensteuermitteln jedoch liegen die Dinge anders, schon von der Zweckbestimmung her. Die Kirchensteuer in den Kirchen in Deutschland ist von ihrem Ursprung her als Hilfe für die Deckung der primären Bedürfnisse der Kirchen gedacht. Schon von daher entsteht die Frage, ob wir aus ihr Beträge für die oben genannten Zwecke zur Verfügung stellen können. Darüber hinaus aber ist es für uns nach wie vor die ernste Frage, wie weit gerade mit dieser Aktivität des Sonderfonds der Auftrag der Kirche Jesu Christi zeugnishaft sichtbar wird. Dabei gestehe ich gerne zu, daß diesmal unter den mit Geldmitteln bedachten Organisationen eine deutlichere Differenzierung zu bemerken ist.

Bei den Beschlüssen von Saarow kamen nun noch die Zuwendungen der Regierungen von Holland, Norwegen, Schweden hinzu. Auch das lief bei uns unter der Überschrift ‚Kirche unterstützt Befreiungsbewegungen‘. Natürlich kann es sein, daß die Genfer Zentrale einmal als Vermittlerin von Geldmitteln auftreten kann. Aber ich weiß nicht, ob es berechtigt und gut ist, daß gewissermaßen alle Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates mit

der damit verbundenen Verantwortung belastet werden.

Ich schreibe Ihnen dies alles einmal, um wieder das Augenmerk darauf zu richten, wie wichtig eine möglichst sorgfältige Nachrichtengebung und auch eine möglichst zentrale Orientierung und Aufgabenstellung des Ökumenischen Rates ist. Da der Schwerpunkt der Nachrichten über den Ökumenischen Rat jedenfalls in der Öffentlichkeit überhaupt auf dem Gebiet der Antirassismus-Problematik liegt, wird leicht seine gesamte Tätigkeit unter diesem Gesichtspunkt beurteilt. Die Folge ist, daß auch ernsthafte Glieder unserer Gemeinden im Vertrauen zum Ökumenischen Rat wandkend werden und in der Meinung, es würde ‚Terror und Gewalt‘ mit ihren Kirchensteuern finanziert, der Kirche überhaupt den Rücken kehren. Da und dort werden auch Stimmen laut, die den Austritt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern aus dem Weltrat der Kirchen fordern. Jedenfalls läßt sich beobachten, daß wegen der scheinbar einseitigen Konzeption des Ökumenischen Rates selbst Kreise, die der Genfer Zentrale traditionell eng verbunden sind, in ihrer Leidenschaft für die Fragen der Ökumene ermatten.

Bitte nehmen Sie diesen meinen Brief in der brüderlichen Offenheit an, mit der wir uns bei unserer letzten Begegnung haben verständigen können. Ich darf Ihnen als weitere Unterlage den Ausschnitt aus meinem letzten Bericht vor der bayerischen Landessynode beilegen, der sich mit diesen Fragen befaßte. Ich hoffe, daß er mein Anliegen noch etwas deutlicher macht. Mit brüderlichem Gruß

Ihr D. Dietzfelbinger.“

Zu einem Gespräch mit der Berliner Landeskirchenleitung traf der CDU-Landesvorstand zusammen; RA Peter Lorenz, Berliner CDU-Vorsitzender, wies bei dieser Begegnung u. a. auf die tiefe Sorge hin, von der evangelische Christen aufgrund zunehmender Ideologisierung in der Berliner Kirche erfüllt seien. Der Bundestagsabgeordnete Jürgen Wohlrabe erklärte gegenüber Bischof Scharf, daß der Freiraum, den die Kirche allen Christen anböte, von linken Kräften mißbraucht und erheblich überzogen worden sei. Einigkeit bestand zwischen CDU und Landeskirchenleitung weitgehend in Fragen der Erwachsenenbildung, nachdem Eberhard Diepgen über die Vorstellungen der Berliner CDU-Fraktion berichtet hatte. Als Gäste nahmen von seiten des EAK Frau Dr. Ursula Besser, EAK-Landesvorsitzende in Berlin, sowie Dr. Peter Egen aus Bonn an dem Gespräch teil.

# Evangelischer Kirchentag 1975

Der 16. Deutsche Evangelische Kirchentag wird unter der Losung „In Ängsten – und siehe wir leben“ vom 11. bis 15. Juni 1975 in Frankfurt (Main) durchgeführt. Die Vorbereitungen für dieses Treffen haben kirchenintern bereits begonnen, und am 31. Mai dieses Jahres endet die Ausschreibungsfrist für alle jene Gruppen, die zu einer konkreten Mitarbeit in Frankfurt bereit sind.

Die Erfahrungen, die der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU mit seinem Engagement während des Kirchentages '73 im Sommer in Düsseldorf machte, sollten dazu ermuntern, auch in Frankfurt eigene Akzente zu setzen, um somit wiederum nach außen zu dokumentieren, daß der Evangelische Arbeitskreis seine Verantwortung gegenüber dem kirchlichen Leben bejaht und ernst nimmt.

Es ist in diesem Zusammenhang müßig, auf jene Schwierigkeiten nochmals einzugehen, mit denen die einzelnen Gruppen des EAK bei den Vorbereitungsveranstaltungen zum Düsseldorfer Kirchentag in mehreren Sitzungen konfrontiert wurden. Die Qualifikation der EAK-Gruppen und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit politisch andersdenkenden Christen waren überzeugend und verfehlten auch auf jene ihre Wirkung nicht, denen Polarisierung mehr bedeutet als gemeinsame Verantwortung.

Bei der öffentlichen Veranstaltung des EAK in Düsseldorf am Rande des Kirchentages, bei verschiedenen Presseerklärungen unseres Arbeitskreises sowie bei den vielen Einzelbegegnungen mit Teilnehmern, die aus dem Bereich des EAK kamen, zeigte es sich, wie sehr man auf dieses Zeichen unserer Mitarbeit gewartet hatte.

Auch der Frankfurter Kirchentag ruft uns. In vier Arbeitsgruppen soll

diskutiert und miteinander gesprochen werden; dabei erscheint es besonders wichtig zu sein, daß Christen auch bereit sein müssen, aufeinander zu hören. Zwei der vier Arbeitsgruppen, nämlich die Arbeitskreise zwei und vier „Menschen zwischen Sicherheit und Freiheit“ und „Die Menschheit zwischen Bewahrung und Veränderung“ behandeln thematisch solche Bereiche, die politisch engagierten Christen mit ihren Aussagen hilfreich sein können. Wir alle wissen

**Die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, 53 Bonn, Oberer Lindweg 2, Ruf (0 22 21) 20 23 06, schickt den Lesern der Evangelischen Verantwortung sowie den örtlichen EAK-Gruppen auf Anforderung die Teilnahme- und Ausschreibungsbedingungen für den Frankfurter Kirchentag umgehend zu. Meldeschluß für eine Beteiligung ist der 31. Mai 1974, denn bis zu diesem Termin müssen die Unterlagen bei der Leitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Fulda vorliegen.**

um das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit, wissen, daß es ohne Sicherheit keine Freiheit gibt. So heißt es in der Einführungsbroschüre des Kirchentages zu diesem Arbeitskreis, daß Sicherheit und Freiheit, diese beiden Grundwerte moderner Existenz, nicht konfliktlos miteinander vereinbar sind: „Wer völlige Freiheiten will, muß bereit sein, Sicherheiten preiszugeben; wer nach totaler Sicherheit

verlangt, muß bereit sein, auf gewisse Freiheiten zu verzichten. Die Spannung zwischen beiden Zielen erzeugt Angst. Lassen sich diese Ängste dadurch bannen, daß jeder für sich das ihm und seiner Veranlagung individuell entsprechende Maß zwischen Sicherheitsbedürfnis und Freiheitsverlangen findet und seine Lebensfreiheiten daran orientiert?“ Bereits dieser Denkansatz zeigt, daß es für uns nunmehr darauf ankommt, die Chance der Mitsprache nicht zu vertun. Wir müssen gemeinsam mit vielen anderen Gemeindemitgliedern auf dem Frankfurter Kirchentag dokumentieren, daß für uns nicht politisches Sendungsbewußtsein, sondern Auftrag und Botschaft des Neuen Testaments verpflichtend sind. Lassen wir also jene in Frankfurt nicht allein, die aus ihren Gemeinden kommen, um den Kirchentag zu erleben. Die Umfunktionierung des Stuttgarter Kirchentages '69 wiederholte sich in Düsseldorf '73 nicht. Es wäre daher zu begrüßen, wenn alle Gruppierungen innerhalb des deutschen Protestantismus den Weg nach Frankfurt fänden.

Das Vorbereitungsheft – unter diesen Aspekten betrachtet – läßt Mitarbeit für alle zu. Auch die Arbeitskreise eins und drei „Der Mensch zwischen Selbstbehauptung und Hingabe“ sowie „Menschen zwischen Macht und Ohnmacht“ lassen den hoffnungsvollen Schluß zu, daß das Evangelium bestimmender Bestandteil des 16. Deutschen Evangelischen Kirchentages sein wird. Dieses „wird“ muß zum „muß“ werden, wenn die Kirche auch in Zukunft ihren Auftrag für alle erfüllen will. Ihr selbst hat es daran sicherlich in der Regel nicht gefehlt – dennoch muß sie bereit sein, den für eine Kirche erforderlichen Freiraum nicht ins Unendliche ausufern zu lassen. P. E.